

Österreich

PAUL LUIF

Am 1. Juli 1998 übernahm Österreich als erstes der 1995 beigetretenen Länder den Vorsitz im Rat. Diese Tatsache hatte erhebliche Auswirkungen auf die Regierungspolitik und wird der österreichischen Bevölkerung wahrscheinlich auch die politische Bedeutung der EU näherbringen. Im wirtschaftlichen Bereich werden nun die Effekte der EU-Mitgliedschaft Österreichs deutlich sichtbar. Die besonders niedrige Inflationsrate deutet darauf hin, daß die bisher existierenden (Quasi-)Kartelle und Monopole unter Druck geraten sind und die früher geschützten Sektoren der Wirtschaft durch den EU-Beitritt verstärktem Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die Einführung des Euro

Das öffentliche Defizit Österreichs für 1997 lag bei 2,5% des BIP. Damit war das Konvergenz-Ziel klar erreicht. Noch 1996 hatte das Budgetdefizit 4,0% betragen. Der öffentliche Schuldenstand Österreichs ging von 69,5% des BIP im Jahr 1996 auf 66,1% im Jahr 1997 zurück. Für 1998 wurde ein weiterer Rückgang auf 65,2% anvisiert.¹ Österreich zählte dann zu den elf Staaten, die der Rat am 2. Mai 1998 für die 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion auswählte.

Am 19. August 1997 hatten neun FPÖ-Abgeordnete den Antrag zu einem Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung“ beim Innenministerium eingebracht. Die FPÖ wollte die damals offensichtlich noch vorherrschende Euroskepsis für sich ausnutzen. Durch gesetzliche Maßnahmen sollte sichergestellt werden, daß vor einer „Währungsreform“ zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werde. Diesem Vorstoß der FPÖ war kein großer Erfolg beschieden. Zwischen 24. November und 1. Dezember 1997 wurden 254.329 Unterschriften abgegeben (eine Stimmbeteiligung von 4,43%). Damit wurde zwar die gesetzlich erforderliche Anzahl von Unterschriften (100.000) zur Behandlung des Volksbegehrens im Nationalrat erreicht, die Erwartungen der FPÖ wurden aber nicht erfüllt; so hatten etwa das Gentechnik-Volksbegehren und das Frauen-Volksbegehren (7. bis 14. April 1997) eine Stimmbeteiligung von 21,23% beziehungsweise 11,17% erreicht.

Durch den Vorstoß der FPÖ war die Bundesregierung jedenfalls gezwungen worden, wieder verstärkt für die EU und den Euro zu werben. Dies zeigte Auswirkungen auf Meinungsumfragen. Wie eine im Juni 1998 veröffentlichte Studie der GfK-Europe-Gruppe und des „Wall Street Journals“ zeigte, gehörten die Österreicher nach anfänglicher Skepsis nun zu jenen, die am stärksten zum Euro standen. 64% beantworteten die Frage „Finden Sie, daß Ihr Land den Euro einführen sollte“ mit „ja“, nur 33% blieben bei einem strikten „nein“. Der Rest antwortete mit „ich weiß nicht“. Zum Vergleich: 54 der Deutschen, 37% der Finnen, 28% der Spanier, 27%

der Franzosen und der Niederländer, 23% der Italiener und 15% der Belgier waren gegen die Euro-Einführung.²

Am 4. Juni 1998 trafen sich die Minister der Staaten, die den Euro am 1. Januar 1999 einführen werden, zum erstenmal im sogenannten Euro-11-Rat in Luxemburg. Die Sitzung wurde vom britischen Schatzkanzler Gordon Brown eröffnet (Großbritannien hatte im ersten Halbjahr 1998 den Vorsitz im Rat, beteiligt sich aber nicht an der Währungsunion), geleitet wurde sie jedoch vom österreichischen Finanzminister Rudolf Edlinger, im Vorgriff auf die österreichische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte.

Die Vorbereitung der österreichischen Ratspräsidentschaft

Zur organisatorischen Vorbereitung der österreichischen Präsidentschaft im Rat wurde schon 1996 ein „Exekutivsekretariat“ im Außenministerium eingerichtet. Die gesamte Leitung und Überwachung der Vorbereitungsarbeiten sowie die inhaltliche Koordination geschehen, auch aus parteipolitischen Gründen, direkt zwischen dem Bundeskanzleramt (Bundeskanzler Viktor Klima – SPÖ) und dem Außenministerium (Außenminister Wolfgang Schüssel – ÖVP). Im Juni 1998 waren die Vorbereitungsarbeiten weitgehend abgeschlossen, der offizielle Arbeitsplan kann aber erst nach Abschluß der britischen Präsidentschaft vorgelegt werden. Trotz der weitgehend konsensualen Entscheidungsfindung kam es hinter den Kulissen auch zu teilweise skurrilen Konflikten. So herrschte Uneinigkeit, wer sich in der zweiten Jahreshälfte als Ratspräsident bezeichnen darf. Dieser Titel, der laut EU-Protokoll dem Außenminister zustehen soll, wird auch vom Kanzleramt beansprucht. Sprecher des Außenministeriums betonen hingegen, daß der Bundeskanzler nur im Europäischen Rat als Vorsitzender auftritt. Als Vorsitzender des Allgemeinen Rates sei der Außenminister der Ratspräsident und daher nur das Außenministerium befugt, für die Präsidentschaft zu sprechen. Im Bundeskanzleramt spricht man diplomatisch von der „gemeinsamen Führung der Präsidentschaft“.³

Die Ratspräsidentschaft wird mit einer Arbeitstagung der österreichischen Regierung mit der Europäischen Kommission am 1./2. Juli 1998 beginnen und mit dem Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 abgeschlossen werden. Kurzfristig kam als ein zusätzlicher wichtiger Punkt das während des Europäischen Rates in Cardiff (15./16. Juni 1998) beschlossene informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs und des Präsidenten der Kommission im Oktober 1998 hinzu. Auf diesem Treffen soll beraten werden, wie die EU dem Bürger näher gebracht werden kann; bei der Diskussion über die Institutionen soll die Stärkung der demokratischen Legitimität und die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips im Vordergrund stehen.⁴ Dramatische Entscheidungen sind im EU-Kalender für das zweite Halbjahr 1998 nicht vorgesehen. Folgende fünf große europäische Herausforderungen dürften die wichtigsten Arbeitsgebiete der österreichischen Präsidentschaft darstellen: (1) die Einführung der gemeinsamen Währung, (2) die Beschäftigungspolitik, (3) die innere Sicherheit, (4) die Erweiterung und die damit verbundenen Reformfordernisse (Agenda 2000) und (5) der Umweltschutz.⁵

Die Diskussion über die Sicherheitspolitik Österreichs

Im Koalitionsübereinkommen vom März 1996 wurde ein „Optionenbericht“ über die österreichische Sicherheitspolitik vereinbart. Die SPÖ-ÖVP-Regierung versprach darin, „alle weiterführenden sicherheitspolitischen Optionen, einschließlich der Frage einer Vollmitgliedschaft Österreichs in der WEU einer umfassenden Überprüfung [zu] unterziehen“. Der Sinn dieser Zusage lag darin, einerseits den schon 1996 schwelenden Streit über die Neutralität zu entschärfen und gleichzeitig noch vor der österreichischen Ratspräsidentschaft Klarheit über die Sicherheitspolitik zu schaffen.

Schon Mitte 1994 hatte Verteidigungsminister Werner Fasslabend (ÖVP) für einen Beitritt zur WEU plädiert.⁶ Seit der EU-Mitgliedschaft (1. Januar 1995) ist Österreich Beobachter bei der WEU, denn dies war der kleinste gemeinsame Nenner der SPÖ-ÖVP-Koalition. Da ein alleiniger Beitritt zur WEU bald als unmöglich erschien, sprach sich Fasslabend dann für eine Mitgliedschaft in NATO und WEU aus. Wieder gab es scharfe Kritik von seiten der SPÖ, die vor allem auf die hohen Kosten eines etwaigen NATO-Beitrittes hinwies.

Von den Oppositionsparteien plädierte die FPÖ Jörg Haiders schon seit 1992 für eine WEU- und NATO-Mitgliedschaft.⁷ Auch das von der FPÖ abgespaltene Liberale Forum sah ab 1993/94 die Neutralität als überholt an und macht sich vor allem für einen WEU-Beitritt stark. Die Grünen hingegen lehnen jede Änderung des internationalen Status Österreichs ab und plädieren für eine Rückkehr zur „aktiven Neutralität“ der siebziger Jahre.

Trotz eines gewissen Zögerns in den eigenen Reihen, insbesondere von seiten einiger Landespolitiker, schwor sich die ÖVP im Mai 1997 voll auf einen Beitritt zur NATO ein. In der SPÖ gab es einige Stimmen für eine NATO-Mitgliedschaft, viele einflußreiche Personen lehnten jedoch jedes Abgehen von der Neutralität strikt ab.⁸ Bundeskanzler Viktor Klima legte sich in der NATO-Frage lange Zeit nicht fest, verwarf dann aber einen NATO-Beitritt.⁹ Bei diesen Meinungsdivergenzen zwischen den Regierungsparteien war es schließlich nicht verwunderlich, daß ein gemeinsamer „Optionenbericht“ über die österreichische Sicherheitspolitik nicht zustande kam. Ein letzter Kompromißvorschlag der ÖVP, in dem davon die Rede war, „alle Perspektiven der europäischen Sicherheitsarchitektur, einschließlich der Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft, weiterzuverfolgen“,¹⁰ wurde von SPÖ-Seite am 1. April 1998 abgelehnt. Die SPÖ entschied sich, nachdem sich ihr „neutralitätsfreundlicher“ Flügel einige Zeit auch dagegen gesperrt hatte, für die intensiverte Partnerschaft für den Frieden der NATO; wieder wurde dies als kleinster gemeinsamer Nenner die Position der Regierung.

Die Debatte um die Neutralität war damit aber nicht zu Ende, denn es mußte noch der Vertrag von Amsterdam durch das österreichische Parlament genehmigt werden. Auch hier kam der Auseinandersetzung um die Neutralität eine wichtige Rolle zu, denn der Vertrag bringt einen weiteren Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei bildeten FPÖ und Grüne eine ungewohnte Allianz bei der Debatte im Nationalrat am 18. Juni 1998. Ihnen standen die Koalitionsparteien gegenüber, die vom Liberalen Forum zwar kritisiert, aber letztlich in der Abstim-

mung doch unterstützt wurden. Obwohl die FPÖ für einen NATO-Beitritt eintritt, machte ihr Klubobmann im Nationalrat, Ewald Stadler, der Regierung den Vorwurf, daß sie die Neutralität „kaltlächelnd durch die Hintertür“ abschaffe. Ebenso kritisierte die grüne Klubobfrau Madeleine Petrovic, daß die Neutralität „still und leise“ beseitigt werde. Beide Parteien forderten eine Volksabstimmung über die Neutralität.

Von SPÖ-Seite wurde betont, daß die Beschlüsse keinen Beitritt zu einem Militärbündnis bedeuteten. Wissenschaftsminister Caspar Einem (SPÖ) hatte aber in einem Brief an höhere Funktionäre seiner Partei gewarnt, daß der Amsterdamer Vertrag nicht mit der Neutralität vereinbar sei, weil dadurch friedensschaffende Einsätze auch ohne Beschluß des UNO-Sicherheitsrats möglich seien.¹¹

Einige „Dissidenten“ in der SPÖ wollten dieser Linie folgen und im Nationalrat bei einem grünen Antrag mitstimmen, der die Bundesregierung verpflichtet hätte, bei Beschlüssen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU das Neutralitätsgesetz nicht zu verletzen. Doch da bei der betreffenden Abstimmung auch die FPÖ-Abgeordneten aufstanden, waren diese SPÖ-Abgeordneten verwirrt und blieben sitzen. Die Zustimmung der Freiheitlichen zu zwei grünen Neutralitätsanträgen könnte auch als erstes Zeichen gesehen werden, daß demnächst ein Anti-NATO-Schwenk der FPÖ erfolgt.¹²

Die Osterweiterung der EU

Österreich konnte von der Ostöffnung ab 1989 wirtschaftlich besonders profitieren. So stieg der Handelsbilanzüberschuß mit den MOE-Staaten von 1,2 Mrd. Schilling im Jahr 1989 auf 28,9 Mrd. Schilling im Jahr 1997. Der Anteil der Exporte in diese Region hat sich in dieser Periode fast verdreifacht (von 5 auf 13,8%), während sich der Importanteil aus den MOE-Staaten nur gut verdoppelt hat (von 3,9 auf 8,8%). Ungarn löste 1997 die Schweiz als drittichtigsten Handelspartner Österreichs ab.¹³ Analysen zeigen, daß Österreich bei der EU-Osterweiterung zu den Hauptgewinnern unter den EU-Staaten zählen wird. Trotzdem gibt es in Österreich vielfachen Widerstand gegen die EU-Osterweiterung. Im Vordergrund steht hier die Angst vor Migration und verstärkter Konkurrenz am Arbeitsmarkt. In einer Meinungsumfrage gaben nur 26% der Bevölkerung an, daß der Beitritt Polens, Tschechiens, Ungarns und Sloweniens zur EU für Österreich mehr Vorteile bringen würde, hingegen glaubten 41%, daß der Beitritt dieser Staaten mehr Nachteile bringen würde (27% waren unentschieden).¹⁴

Im Januar 1998 beschloß die österreichische Bundesregierung, sich im Rahmen der Reform der EU-Strukturpolitik für die Periode ab dem Jahr 2000 für ein „integriertes Sonderprogramm“ zur Unterstützung von Regionen in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Erweiterungskandidaten im Osten einzusetzen. In Gebieten, die „in Tagespendeldistanz“ zu den EU-Ostgrenzen liegen und damit einem besonderen Druck auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sein würden, sollten demnach Maßnahmen zur Abfederung des strukturellen Anpassungsdruckes aus EU-Töpfen gefördert werden.

Mit 1200 Kilometern hat Österreich die längste Grenze zu den EU-Osterweitungskandidaten. Rund fünf Millionen Menschen, also weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung, leben innerhalb einer Entfernung von 100 Kilometern zur Ostgrenze. Die Bundesländer Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Burgenland, Kärnten und Wien fielen fast flächendeckend in die Förderdefinition der Bundesregierung. Neben Wien wären auch die Landeshauptstädte Linz, Graz und Klagenfurt einbezogen.¹⁵

Auf einer Tagung in Graz, auf Einladung von Steiermarks Landeshauptfrau Waltraud Klasnic (ÖVP), einigten sich die östlichen Grenzregionen der EU – von Finnland über Sachsen und Bayern bis zur Steiermark – am 29. Januar 1998 auf einen Forderungskatalog im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Sie verlangten, ganz im Sinne der österreichischen Vertreter, ein Sonderförderungsprogramm zur Abfederung der Beitrittsfolgen, größere Handlungsfreiheit in der Agrar- und Strukturpolitik und eine zeitlich stark verzögerte Öffnung des Arbeitsmarktes.¹⁶ In der Europäischen Kommission reagierte man auf diese Forderungen sehr kühl. Die für Regionalförderungen zuständige Kommissarin Monika Wulf-Mathies kann sich bloß eine verstärkte Dotation der bisherigen grenzüberschreitenden Interreg-Programme entlang Österreichs Grenzen vorstellen.¹⁷

Abschließend ist zu bemerken, daß nach längeren Auseinandersetzungen, insbesondere mit Bayern, das Schengener Durchführungsübereinkommen für Österreich stufenweise ab 1. Dezember 1997 in Kraft getreten ist. Zuerst wurden die Kontrollen auf den Flughäfen und bei den kleineren Grenzübergängen an den Landgrenzen zu Deutschland und Italien abgebaut. Am 1. April 1998 wurden die letzten Grenzkontrollen, insbesondere an den wichtigsten europäischen Grenzübergangsstellen Brenner (Italien-Südtirol) und Walserberg (Deutschland), beseitigt.¹⁸ Die Grenzen zu den MOE-Staaten werden nun hingegen strenger kontrolliert.

Immer noch gibt es Probleme mit der Umsetzung von EU-Recht in Österreich. Die EU-Kommission hat bis Mai 1998 etwa 30 „begründete Stellungnahmen“ ausgearbeitet, mit denen Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorbereitet werden.¹⁹ Neben der schon seit einiger Zeit dem EuGH vorliegenden Klage über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen für Landhaus und Kulturbezirk in St. Pölten wurde am 29. Mai 1998 die Klage gegen die Erhöhung der Maut für LKW auf der Brennerautobahn von der EU-Kommission an den EuGH abgeschickt.²⁰ Die Klage ist der vorläufige Höhepunkt in einem langjährigen Kräftemessen zwischen der Kommission und Österreich.

Anmerkungen

- 1 „Österreich nahm die Euro-Hürde ganz problemlos“, in: Die Presse v. 28.2.1998 (Internet).
- 2 „Euro-Stimmung geteilt“, in: Die Presse v. 12.6.1998 (Internet).
- 3 „Wer darf sich Ratspräsident nennen? Subtile Revierkämpfe Klima – Schüssel“, in: Der Standard v. 16.6.1998, S. 3 (Internet).
- 4 Barber, Lionel, Robert Peston: EU: Union agrees to examine power structure, in: Financial Times v. 16.6.1998.
- 5 Schüssel, Wolfgang: Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft, in: Europäische Rundschau 2 (1998), Sondernummer Österreich und die Europäische Union, S. 9-16, hier S. 10.

- 6 Witzmann, Erich: Fasslabend warnt vor neuen militärischen Krisen, will Beitritt Österreichs zur WEU noch vor 1996, in: Die Presse v. 30.6.1994, S. 6.
- 7 Zur selben Zeit begann aber Haider, einen EU-Beitritt abzulehnen; siehe „Haider für NATO Beitritt. FPÖ rückt einer EG-Ablehnung näher“, in: Die Presse v. 21.8.1992, S. 2.
- 8 Dazu zählen der Erste Präsident des Nationalrates, Heinz Fischer, und Wissenschaftsminister Caspar Einem.
- 9 „Ein Nein zur Nato“. Interview. Bundeskanzler Viktor Klima über seine sicherheitspolitischen Perspektiven und die Chancen auf einen gemeinsamen Optionenbericht mit der Volkspartei, in: profil v. 9.3.1998, S. 46 f.
- 10 So im von der ÖVP vorgelegten Bericht über alle weiterführenden Optionen Österreichs im Bereich der Sicherheitspolitik (Optionenbericht) vom 2. April 1998, S. 79.
- 11 Auszüge des Briefes wurden veröffentlicht als: „Einems Warnung. 'Blut von Österreichern'“, in: Falter v. 19.-25.6.1998, S. 13.
- 12 „Ein Brief und eine Abstimmungspanne ohne Folgen“, in: Die Presse v. 19.6.1998 (Internet); dies in historischer Analogie zum Schwenk der FPÖ von einer glühenden Vertreterin eines EU-Beitrittes Österreichs zu einer strikten anti-EU Linie anfangs der neunziger Jahre.
- 13 Angaben nach Breuss, Fritz: Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung, in: Europäische Rundschau 2 (1998), Sondernummer Österreich und die Europäische Union, S. 27-38, hier S. 27.
- 14 „Einstellungen der Österreicher/innen zur Osterweiterung der EU“, in: SWS-Rundschau 4 (1997), S. 417-424, hier S. 424; SWS-Telefonumfrage, September 1997, N=1004.
- 15 Steiner, Johannes: EU soll Osterweiterung abfedern. Wiens Vorschlag an Brüssel: Förderungen für Ostgrenzregionen. Gebiete innerhalb einer Hundert-Kilometer-Zone zur Grenze als Adressaten, in: Der Standard v. 22.1.1998, S. 15. (Internet Archiv).
- 16 „Ostregionen attackieren EU“, in: Die Presse v. 30.1.1998 (Internet Archiv).
- 17 Steiner, Johannes: Ein Solidaropfer für die Neuen im Klub. EU-Kommission will Förderungen stärker konzentrieren, um Spielraum für die Reformländer zu gewinnen, in: Der Standard v. 13.3.1998, S. 2 (Internet Archiv).
- 18 Siehe Beschluß des Exekutivausschusses zur Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens in Österreich, Wien, am 7. Oktober 1997, in: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, Nr. 6, Dezember 1997, S. 9-11.
- 19 „EU wirft Österreich in 30 Fällen Rechtsbruch vor“, in: Die Presse v. 22.5.1998 (Internet).
- 20 Vgl. Kraus, Doris: Brenner-Klage der EU schon unterwegs, in: Die Presse v. 30./31.5.1998 (Internet).

Weiterführende Literatur

- Biffi, Gertraud et al.: Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe, Wien 1997 (Schriftenreihe Europa des Bundeskanzleramtes).
- Die Erweiterung der Europäischen Union, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien 1998.
- Fischer, Heinz (Hrsg.): Österreich und die Währungsunion, (Texte zur Rechtspolitik 2), Wien et al. 1998.
- Jungwirth, Michael: Im Chefsessel Europas. Österreich als Ratspräsident der EU, Styria, Graz et al. 1998.
- Kopeinig, Margaretha: EU-Präsidentschaft, Wien 1998.
- Leidwein, Alois: Agrarrecht. Europäische Regelungen und österreichische Umsetzung, Wien 1998 (AV-Fachbuch).
- Schüssel, Wolfgang (Hrsg.): Zur 1. EU-Präsidentschaft Österreichs 1998, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Wien 1998.